

Entführungen

Getarnter Transport

Die mutmaßlichen Entführer eines ehemaligen Parteifunktionärs aus Vietnam, der am 23. Juli in Berlin-Tiergarten verschleppt wurde, haben ihr Opfer vermutlich in ein osteuropäisches Land gebracht und von dort, als Krankentransport getarnt, nach Hanoi ausgeflogen. Davon geht die deutsche Anwältin des 51-Jährigen, Petra Schlagenhauf, aus. Dem ehemaligen Führungskader der Kommunistischen Partei, Trinh Xuan Thanh, wird in seiner Heimat vorgeworfen, als früherer Chef einer Tochterfirma des staatlichen Öl- und Gaskonzerns PetroVietnam für Verluste von umgerechnet 125 Millionen Euro verantwortlich zu sein. Seine Anwältin

vermutet einen Machtkampf innerhalb der KP hinter den Vorwürfen. Thanh war mit seiner Familie 2016 nach Deutschland geflohen und hatte Antrag auf Asyl gestellt, über den noch nicht entschieden wurde. Das Auswärtige Amt hatte nach seinem Verschwinden von einem „präzedenzlosen und eklatanten Verstoß gegen deutsches Recht und gegen das Völkerrecht“ gesprochen und einen Diplomaten des vietnamesischen Nachrichtendienstes ausgewiesen. Thanh's Anwältin sorgt sich um die Gesundheit ihres Mandanten. Auf Fernsehbildern sehe er abgemagert, im Gesicht aber aufgedunsen aus. Thanh's Begleiterin, die ebenfalls entführt wurde, sei mit einem gebrochenen Arm ins Krankenhaus eingeliefert worden. kno

Gesundheit

Experten ohne Zeit

Die Bundesregierung gibt einer Expertengruppe, die die Bedürfnisse von Kindern psychisch kranker Eltern ermitteln soll, nur wenige Monate für ihre Arbeit. Das geht aus der Antwort des Familienministeriums auf eine schriftliche Frage der Linken-Abgeordneten Birgit Wöllert hervor. Im Juni hatte der Bundestag die Regierung aufge-

fordert, ein Gremium einzurichten. Die Mitglieder dafür sollen erst Anfang 2018 berufen werden. Schon im Juli soll die Kommission ihren Bericht vorlegen. Experten halten es für nahezu unmöglich, in einem halben Jahr Durchdachtes zu präsentieren. Wöllert sorgt sich, dass die Sache zur „Alibi-Veranstaltung“ werde. Jedes Jahr erleben etwa 3,8 Millionen Kinder eine psychische Erkrankung bei einem Elternteil. akm

Eierskandal

Gift aus Rumänien?

Im Skandal um Hunderttausende mit dem Kontaktgift Fipronil verseuchte Hühnererei ist ein Chemikalienhändler aus dem belgischen Weelde ins Zentrum der Ermittlungen gerückt. Belgische und niederländische Fahnder gehen Hinweisen nach, wonach Patrick R. um den Jahreswechsel in einer Fabrik in Rumänien große Mengen des Tiermedikaments Fiprocid geordert habe, das den gefährlichen Wirkstoff Fipronil enthält. Ehemalige Geschäfts-

partner des Unternehmers sagten dem SPIEGEL, dass es sich um Bestellungen im Volumen von mehreren Zehntausend Euro gehandelt habe. Weder Patrick R. noch dessen belgischer Strafverteidiger waren am Donnerstag für eine Stellungnahme erreichbar. Das Kontaktgift war offenbar einer Flüssigkeit namens „Dega 16“ beigemischt, die in 20-Liter-Kanistern vertrieben wurde und der Säuberung von Geflügelställen dienen sollte. In Deutschland ist ein Präparat dieses Namens auf dem offiziellen Markt nicht erhältlich. srö



Leichenwagen vor der JVA Leipzig

RALPH KOEHLER / PROPICTURE

Suizid in Haftanstalt

Keine Konsequenzen

Der Selbstmord des mutmaßlichen islamistischen Attentäters Jaber Albakr in einer Leipziger Haftanstalt bleibt ohne juristische Konsequenz. Die Verfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen die Anstaltspsychologin und den stellvertretenden Chef der Haftanstalt wurden eingestellt. Albakr war unter Hinweis auf Suizidgefahr in die Anstalt eingeliefert worden und hatte sich kurz darauf an den abgetrennten Ärmeln seines Shirts erhängt. Aus Sicht der ermittelnden Staatsanwaltschaft Leipzig sei für die Beschuldigten nicht absehbar gewesen, dass der Mann eine Gefahr für sich selbst dargestellt habe. Der Haftbefehl des Amtsgerichts Dresden

habe offengelassen, „was genau der Plan des Gefangenen gewesen sein soll“. Die Polizei hatte in Albakrs Chemnitzer Wohnung 1,5 Kilogramm Sprengstoff gefunden. Sie ging davon aus, dass der Mann einen Anschlag in Berlin plante. Die Leipziger Ermittler argumentieren, „Selbstmordattentäter planen in erster Linie und vordergründig Morde, nicht Selbstmorde“. Ähnlich sah es ein hinzugezogener Gutachter. Ein vertraulicher Abschlussbericht anderer Experten kam zu dem Schluss, Albakr sei in der Haftanstalt „unangemessen betreut“ worden. Zudem sei „Sachverhalten nicht nachgegangen“ worden, „die als Anzeichen für die Entwicklung einer Suizidgefahr hätten wahrgenommen werden können“. stw

Mikroplastik

Hendricks droht Kosmetikindustrie

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) droht den Kosmetikherstellern mit Konsequenzen, falls diese nicht auf Mikroplastik in ihren Produkten verzichten. Zudem solle die Branche ihre Ausstiegsschritte transparent machen. Sie werde ansonsten „alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer möglichen europäischen Regulierung“ einleiten, schreibt Hendricks in

einem Brief an den Industrieverband Körperpflege und Waschmittel. 2015 hatten Branchenvertreter nach Verhandlungen mit Umweltministerium und Umweltbundesamt („Kosmetikdialog“) zugesagt, bis 2020 vollständig auf Mikroplastik in ihren Produkten zu verzichten. Stattdessen verwenden die Hersteller nach Ansicht des Ministeriums vielfach ersatzweise flüssige Kunststoffe. Plastikmüll hat sich zum Problem für Fische, Vögel und Meeressäuger entwickelt. red